

# 4 Faire öffentliche Beschaffung konsequent nachhaltig umsetzen

## Fragen des VEN an die Parteien:

- 1 Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, die öffentliche Beschaffung konsequent nach sozialen und ökologischen Kriterien weiter zu stärken und auszubauen?
- 2 Wie werden Sie sicherstellen, dass Produkte der öffentlichen Beschaffung nicht unter Menschenrechtsverletzungen und unter Missachtung der internationalen ILO-Kernarbeitsnormen produziert wurden?

## Das sagen die Parteien (Zusammenfassung):

Die **SPD** will das Landesvergabegesetz auf alle öffentlichen Aufträge und Dienstleistungen ausweiten und Kontrollen durch die Auftraggeber in das bestehende Tariftreue- und Vergabegesetz integrieren.

**Bündnis 90/Die Grünen** möchten den Geltungsbereich für die ILO-Normen im Vergabegesetz ausweiten und entsprechende Schulungen für Behördenmitarbeiter\*innen sowie Unternehmen einführen. Die „Verpflichtung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen“ soll auf Bundes- und EU-Ebene über den Bundesrat passieren.

Die **CDU** will „sachfremde Faktoren wieder aus dem Vergaberecht herausnehmen“ und sieht soziale und ökologische Kriterien zur Sicherstellung von Fairness und Transparenz als nicht geeignet an. Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen in der öffentlichen Beschaffung sollen stattdessen vertraglich festgelegt werden.

Die **FDP** sieht eine „Vereinfachung des Vergaberecht“ als notwendig an.

## Die Parteien im Wortlaut:

### SPD

Wir haben innerhalb der Regierungskoalition mit der Novellierung zum Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes 2013 bereits einen großen Beitrag auf dem Weg zu fairer, sozial und ökologisch verträglicher öffentlicher Beschaffung geleistet.

Bestandteil dieses Gesetzes und weiterer zukünftiger Anpassungen sind insbesondere ein vergabespezifischer Mindestlohn, die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen sowie der Vorrang sozialer und ökologischer Beschaffungskriterien.

Zudem stehen wir dazu, dass das Landesvergabegesetz auf alle öffentlichen Aufträge und Dienstleistungen ausgeweitet wird und die Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge sowie – im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs – repräsentativer Tarifverträge gewährleisten muss. An diesem Punkt wird unser Engagement aber noch lange nicht enden.

Die Vergabegesetze der Länder sind ein wichtiger Baustein, um einerseits faire Wettbewerbsbedingungen zu garantieren und andererseits Mindeststandards gezielt durchzusetzen, indem Niedriglöhne und Lohndumping zurückgedrängt werden. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass die öffentliche Vergabe unter Wahrung fairer Löhne und Arbeitsbedingungen auch bei Land und Kommunen klar und kompromisslos umgesetzt wird.

Im Übrigen entfaltet unserer Meinung nach ein Vergabegesetz seine Wirksamkeit nur, wenn entsprechende Kontrollen vom Auftraggeber vorgenommen werden. Da es zu wenige solcher Kontrollen gegeben hat, werden wir diese in das bestehende NTVergG integrieren – werden dabei derzeit jedoch von CDU/FDP mit ihrer „neuen Mehrheit“ im Landtag blockiert.

### Bündnis 90/Die Grünen

**Antwort 1:** Wir haben dafür gesorgt, dass für die öffentliche Beschaffung des Landes Niedersachsen und der Kommunen sowie anderer öffentlicher Auftraggeber verbindliche Umwelt- und Fairness-Kriterien eingeführt wurden: Durch die Neufassung des Tariftreue- und Vergabegesetzes haben wir dafür gesorgt, dass bei allen öffentlichen Aufträgen ab 10.000 Euro die Zahlung des Tarif- oder Mindestlohns ein verbindliches Kriterium ist und die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen berücksichtigt werden muss. Darauf wollen wir aufbauen indem wir deren Geltungsbereich für die ILO-Kernarbeitsnormen ausweiten, regelmäßige Schulungen für die Behördenmitarbeiter\*innen sowie für Unternehmen einführen.

**Antwort 2:** Durch die Neufassung des Tariftreue- und Vergabegesetzes in 2013 haben wir einen Rechtsrahmen dafür geschaffen, dass die öffentliche Beschaffung nur faire Produkte oder Dienstleistungen berücksichtigt. Um den Markt und die Anzahl zertifizierter Produkte zu erweitern, wollen wir über den Bundesrat die Verpflichtung zur Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen auch auf Ebene des Bundes und der EU weiter vorantreiben.

### CDU

**Antwort 1:** Die CDU setzt sich dafür ein, sachfremde Faktoren wieder aus dem Vergaberecht herauszunehmen. Die Verankerung sozialer und ökologischer Kriterien ist aus unserer Sicht nicht geeignet, das öffentliche Beschaffungswesen transparenter und fairer zu gestalten. Davon unberührt bleiben Bemühungen z.B. in der Energie- und Entwicklungspolitik, den ökologischen Fußabdruck des Menschen weltweit zu reduzieren und menschenrechtswidrige Arbeitsbedingungen zu bekämpfen.

**Antwort 2:** Die CDU setzt auf die weltweite Einhaltung der internationalen ILO-Kernarbeitsnormen. Wir setzen uns dafür ein, im Beschaffungswesen durch vertragliche Übereinkommen sicherzustellen, dass entlang der gesamten Produktions- und Lieferkette Menschen- und Arbeitsrechte garantiert werden.

## FDP

**Antwort 1:** Für und Frei Demokraten war es schon immer selbstverständlich, Entscheidungen am Prinzip der Nachhaltigkeit auszurichten. Dazu gehören gleichberechtigt die Faktoren Ökonomie, Ökologie und soziales. Für diesen Gleichklang werden wir uns zukünftig weiter einsetzen, auch in der Gestaltung öffentlicher Beschaffung.

**Antwort 2:** Die aktuelle rot-grüne Landesregierung hat im April 2015 beschlossen. Dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beachtet werden müssen. Wie sich nun zum Ende der aktuellen Legislaturperiode durch diverse Vergabeskandale herausstellt, sie die aktuelle Landesregierung jedoch heillos damit überfordert, ihre eigenen vermeintlich hochgesteckten Ziele zu erreichen. Sollten wir Freien Demokraten nach der kommenden Landtagswahl der Landesregierung angehören, werden wir dafür sorgen, dass die öffentliche Beschaffung wieder in Ansprüche erfüllt, die die Politik an sich selbst wie an private Unternehmen stellt. Dazu ist eine Vereinfachung des Vergaberechts notwendig.

## Erwartungen des VEN an die neue Landesregierung:

Bei der öffentlichen Beschaffung muss die Berücksichtigung menschenrechtlicher Kriterien in der Lieferkette verbindlich sein. Der VEN fordert daher eine konsequente Umsetzung, z.B. der Niedersächsischen Kernarbeitsnormenverordnung (NKernVO). Eine erhebliche Erweiterung ihres Geltungsbereiches ist dafür von Nöten. Entsprechende Schulungen der Verantwortlichen und Umstrukturierungen des Einkaufs in Richtung Qualität statt Quantität sollten diesen Prozess unterstützen. Wir empfehlen der Landesregierung daher, die Möglichkeit der Abgabe einer Eigenerklärung von vornherein auszuschließen und stattdessen in Form einer Rechtsverordnung eine produktspezifische Auflistung von anerkannten Zertifikaten in die Nachweisführung zu integrieren.